

## Halbzeit im Referatspersonalrat: Eine Bilanz der Arbeit von GEW und ver.di

Bei den letzten Wahlen zum Referatspersonalrat (RPR) gelang es dank des fulminanten Ergebnisses bei den ErzieherInnen zum ersten Mal, eine Mehrheit für die DGB-Gewerkschaften zu erzielen. Da die Hälfte der Wahlperiode vorüber ist, ziehen wir eine erste Bilanz: Ver.di und GEW hatten ein ambitioniertes Wahlprogramm, das in weiten Bereichen bereits umgesetzt ist:

### 1. Eine ordentliche Bezahlung für alle statt Prämien für einige!

In den Tarifrunden der letzten 2 Jahre gab es ordentliche Lohnaufschläge, die ohne eine breite Mobilisierung der Beschäftigten nicht möglich gewesen wären. Durch eine Neufassung der einschlägigen Dienstvereinbarung (DV-LOB) konnte außerdem der Löwenanteil der LOB-Gelder wieder an alle Beschäftigten ausgeschüttet werden (Basisprämie). Diesen Erfolg der Gewerkschaften (hier im Gesamtpersonalrat) sieht man jedes Jahr im November auf dem Lohnzettel.

### 2. Einen rundum gesunden Arbeitsplatz sowie ein alltagstaugliches betriebliches Gesundheitsmanagement statt Arbeitsverdichtung und Überlastung!

Die Gesundheitszirkel an Schulen sollen ausgeweitet werden. Außerdem wurde die Rolle des Arbeitssicherheitsausschusses gestärkt. Die Personalvertretungen der Schulen bekommen dank einer Initiative des RPR jetzt auch die Begehungsprotokolle des Fachdienstes für Arbeitssicherheit und können so selbst den festgestellten Mängeln nachgehen.

### 3. Echte Beratung und Unterstützung statt dienstlicher Zwangsbeurteilung und Beurteilungsquote!

Leider ist der Gesetzgeber nach wie vor nicht bereit, im Beamtenbereich auf die dienstliche Beurteilung zu verzichten. Der RPR hat in vielfacher Form zu den Beurteilungsrichtlinien

GEW und ver.di: Im Referat, an den Dienststellen und auch auf der Straße - Tarifrunde Frühjahr 2014



Stellung genommen und gefordert, die Zuständigkeit für den Lehrdienst ins RBS zu verlagern, damit auch das Mitbestimmungsverfahren durch den RPR stattfinden kann. Diese Forderungen wurden fast alle abgelehnt. Es ist uns aber gelungen zu verhindern, dass FachbetreuerInnen Beurteilungsentwürfe schreiben. Auch die an vier Schulen neu installierten Mitglieder der Erweiterten Schulleitung dürfen keine Beurteilungsentwürfe schreiben. Wir hoffen auf den GPR, dass dies auch so bleibt! Als grundsätzliche Forderung der Gewerkschaften bleibt: Abschaffung der Regelbeurteilung!

#### **4. Den Kampf gegen Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip auf dem Rücken der Beschäftigten!**

Dank der gemeinsamen Bemühungen der Referatspersonalräte, des Gesamtpersonalrats und der Gewerkschaften konnten die Haushaltskonsolidierungsprogramme ausgesetzt werden. Der RPR hatte die deutliche Forderung erhoben, die Haushaltskonsolidierung auszusetzen bzw. das RBS davon gänzlich auszunehmen.

#### **5. Ausreichende Personal- und Finanzressourcen statt steigender Arbeitsverdichtung!**

Nach wie vor gilt es, beständig gegen steigende Arbeitsverdichtung zu kämpfen. Trotz vollmundiger Ankündigungen der Politik werden den Beschäftigten auch weiterhin dauernd zusätzliche Leistungen abverlangt. Ganz besonders sind davon die Bereiche betroffen, in denen man kein qualifiziertes Personal findet (v.a. Kita und IT) oder deren Arbeitszeiten nur unscharf definiert sind (Lehrdienst). Ohne zusätzliche Ressourcen darf es keine zusätzlichen Aufgaben geben!

#### **6. Den Ausgleich von Mehrarbeit durch Einstellung neuer Lehrerinnen und Lehrer statt Arbeitszeitverlängerung durch Mehrarbeit und Präsenzen!**

Die dauernde Ausweitung des Ganztagesbetriebs durch zusätzliche Jahreswochenstunden ignoriert bereits absehbare Personalausfälle. Es gibt auch bei der LHM betriebswirtschaftliche Berechnungsmodelle unter Berücksichtigung durchschnittlicher Abwesenheitszeiten (v.a. Krankheit, Fortbildungen, Beurlaubungen), die man aber im Schulbereich nicht anwendet. Ebenso wenig werden zusätzliche Belastungen im Bereich der technischen Hausverwaltungen, der Schulsekretariate und der Verwaltung berücksichtigt. Gerade so entsteht Arbeitsverdichtung! Der RPR hat diese Praxis in einer Stellungnahme zur jüngsten Ausweitung des Ganztagesbetriebs (per Stadtratsbeschluss im Juli 2013) bereits moniert.

Außerdem werden die KollegInnen an den Schulen durch „pädagogische Innovationen“ (z.B. Lernhäuser, Doppelstundenprinzip und Zusatzkonferenzen in den Ferien) massiv zusätzlich belastet. RPR und Gewerkschaften versuchen, dem entgegenzuwirken. Nachzudenken wäre über eine mobile Reserve für akuten Unterrichtsausfall.



## **7. Gleichen Lohn bei gleicher Arbeit statt Diskriminierung von Tarifbeschäftigten!**

Der neue gewerkschaftsdominierte Referatspersonalrat hat sich von rechtlich zweifelhaften Praktiken des Vorgängergremiums verabschiedet. Anstatt auf Zuruf die Vorlagen des Arbeitgebers zu unterschreiben, werden Mitbestimmungsfälle (z.B. Einstellungen, Eingruppierung und Stufenzuordnung) wie gesetzlich vorgeschrieben im gesamten Personalrat erörtert. Ungleichheiten zwischen Beamtenbesoldung und Tarifbereich können nur die Tarifparteien nachhaltig beseitigen. Gerade im Bereich der tarifbeschäftigten Fachlehrkräfte (z.B. Musikschullehrkräfte, SozialpädagogInnen) hat sich der RPR immer wieder nachhaltig für eine bessere Bezahlung der Betroffenen eingesetzt.

## **8. Die Eingruppierung der Sekretariatsbeschäftigten als Fachkräfte statt Minilöhnen in den Sekretariaten!**

Bereits der Vorgänger-RPR hat im Bereich der beruflichen Schulen eine Organisationsuntersuchung (ProSek) auf den Weg gebracht, durch die eine Eingruppierung aller Sekretariatskräfte mindestens in E5 möglich wurde. Der jetzige RPR hat auf die Umsetzung von ProSek genau geachtet und per Initiativantrag eine Übertragung der Ergebnisse auf den F2- und F3-Bereich gefordert. Dies erfolgt gerade aktuell – ein schönes Erfolgserlebnis für die KollegInnen in den Schulsekretariaten!

## **9. Ganztägige Betreuungskonzepte, die ausreichend finanziert und von den Beschäftigten akzeptiert werden, anstelle einer Ganztageschule auf Kosten von PädagogInnen und SchülerInnen!**

Neue pädagogische Konzepte wie das Lernhausprinzip oder die Doppelstundenregelung führen zu massiven Verschlechterungen der Stundenpläne – insbesondere bei Teilzeitbeschäftigten. Die Zuschaltung von Fachpersonal könnte dem entgegenwirken. Die LHM sollte prüfen, ob nicht für viele Aufgaben am Nachmittag SozialpädagogInnen besser geeignet wären als Lehrkräfte. Gerade intensive Kontakte zu den Familien der SchülerInnen bedürfen der sozialpädagogischen Professionalität!

Der RPR wird sich in den nächsten Monaten und Jahren schwerpunktmäßig mit der LehrerInnenarbeitszeit und einer beschäftigtenfreundlichen zentralen Regelung dazu befassen.

## **10. Den Erhalt und Ausbau der Münchner Horte und Tagesheime als vorbildliche Ganztagesbetreuung statt Mogelpackungen im Billigangebot!**

Referatspersonalrat, GEW und ver.di werden sich auch weiterhin für den Erhalt der Horte und Tagesheime in städtischer Trägerschaft einsetzen. Die neuen Ganztagesbeschlüsse des Stadtrats öffnen die Türe für prekäre Arbeitsverhältnisse im Ganztagesbereich (z.B. Werkverträge mit geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen zu Dumpinglöhnen). Die Erfahrungen im Bereich der staatlichen Schulen lassen befürchten, dass Ähnliches auch im RBS bevorsteht. Wir werden hier genau hinschauen!



**11. Gegenhalten, wenn Führung nur mehr als Kontrolle nach unten und nicht als Rückgrat noch oben spürbar wird! und**

**12. Einen transparenten, partizipativen und verantwortungsvollen Führungsstil!**

Der gewerkschaftsdominierte Referatspersonalrat ist ein beschäftigtenfreundlicher Personalrat und sieht eine seiner Hauptaufgaben darin, den Führungskräften auf die Finger zu klopfen, wenn sie ihren MitarbeiterInnen nicht den Rücken stärken. Ebenso versuchen wir, Partizipation und Mitbestimmung vor Ort durchzusetzen. Gerade an den Schulen ist dies häufig ein Problem. So manche Schulleitungen „vergessen“ die Beteiligung ihres Personalrats oder der LehrerInnenkonferenz. Die Diskussionen zur sog. mittleren Führungsebene (jetzt Erweiterte Schulleitung genannt) haben etwa gezeigt, dass die Personalvertretungen der betroffenen Schulen nichts von dem angeblich brennenden Verlangen ihrer Lehrkräfte nach solchen neuen Führungsinstrumenten wussten. Ebenso wenig wurden sie – entgegen gesetzlichen Vorschriften - über Bestrebungen ihrer Schulleitungen informiert, eine solche Ebene zu installieren. Die nötigen Informationen übermittelte ihnen dann der Referatspersonalrat. Das neue Projekt „Mittlere Ebene an beruflichen Schulen“ zeigt, dass das RBS dazugelernt hat. Die betroffenen Lehrkräfte wurden vorab um Zustimmung gebeten. Es geht also doch!

Darüber hinaus informiert der Referatspersonalrat im Rahmen seiner Möglichkeiten die Beschäftigten und die Personalvertretungen vor Ort. Dies ist uns ein ganz wichtiges Anliegen. Es finden mehrmals jährlich regelmäßige Besprechungen mit den Personalräten der Schulen statt, in denen aktuelle Informationen weitergegeben werden. Ebenfalls mehrmals jährlich werden die Schul-Personalräte per Mitteilung über wichtige Ereignisse informiert. Diese Vernetzung bildet ebenso eine wichtige Basis unserer Arbeit wie das dauernde Angebot an alle Schul-Personalräte, in Personalversammlungen zu kommen.

Da der neue Referatspersonalrat nicht mehr zu den Einführungsveranstaltungen der Fachabteilungen für neu eingestellte Lehrkräfte eingeladen wurde, haben wir aus der Not eine Tugend gemacht und einmal im Jahr eine eigene Informationsveranstaltung ins Leben gerufen. Diese hat den Vorteil, dass sie inhaltlich und organisatorisch völlig eigenständig ist und nicht mehr von den Vorgaben der Fachabteilungen abhängt.

Intensive Kontakte zu den Stadtratsfraktionen und zur Stadtspitze runden die Arbeit des RPR ab. So wurden etwa die KandidatInnen bei der Oberbürgermeisterwahl einer intensiven Befragung unterzogen. In diesen Gesprächen, in Stellungnahmen (z.B. Forderungen zum Kita-Verpflegungskonzept und zu Personalgewinnung / -erhalt), Anträgen und im informellen Meinungsaustausch setzen wir uns laufend für Verbesserungsmaßnahmen ein.

---

gew stadtverband schwanthalerstr. 64, 80336 münchen  
sprecherInnen: alexander lungmus, barbara schreyögg, rolf staudt, geschäftsführer joachim peter graf, 089 537389 Fax 54379957  
gew-sv-muenchen@link-m.de, www.gew-muenchen.de

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Joachim Peter Graf, Schwanthalerstraße 64, 80336 München, Druck: Druckwerk

